

S S 4

Es gilt das gesprochene Wort

Hat die neue Regierung die Kraft für ernsthafte Reformen? Wie können Ost und West schneller zusammenwachsen? Alt-Bundespräsident Richard von Weizsäcker im WELT am SONNTAG-Interview mit Klaus Bölling und Peter Gauweiler

ölling: Ich darf vermuten, daß Sie die letzten Jahre der Regierung Ihres ehemaligen Parteifreundes Helmut Kohl eher als Zeit der Stagnation erlebt und daß Sie, obwohl Christdemo-

krat, den Ausgang der Bundestagswahlen eher als eine Chance zur Überwindung des Stillstandes empfunden haben. Jetzt hat es den Anschein, daß die neue Regierung nach anfänglichen professionellen Schnitzern den Mut zu wirklich unpopulären Entscheidungen findet. Wie benoten Sie die reformerischen Anstren-

gungen der neuen Regierung? Richard von Weizsäcker: Ich glaube, daß auf der einen Seite niemand im Ernst die bleibende historische Leistung von Helmut Kohl verkennen kann und will. Andererseits aber ist seine Regierungszeit allmählich zu lang geworden. Das ist meiner Meinung nach das Hauptsignal der Bundestagswahl 1998. Was die Notwendigkeit und Fähigkeit zu Reformen anbetrifft, so haben sich weder unsere Parteien noch die Bevölkerung durch die Wahl des vergangenen Herbstes in ihrem Wesen verändert. Mit anderen Worten: Reformer haben es noch immer schwer. Ein klassisches Beispiel dafür ist die Rentenreform. Sie ist nach meiner Überzeugung das schwierigste, das wichtigste und das am wei-testen in die Zukunft reichende Projekt. Beide Parteilager betreiben die Reform leider nicht als eine gemeinsa-me Aufgabe. Immerfort wird mit dem Vorwurf der Rentenlüge übereinander hergezogen. Mit Blick auf kurzfristige Effekte, doch ohne langfristige Lö-sungsperspektive, gehen beide Lager in dieser Sache weiterhin aufeinander los. Was ich bei der neuen Regierung hier positiv anmerke, sind bisher nicht so sehr die konkreten Vorschläge, wohl aber die erkennbare Bereitschaft, das Thema nun wirklich ein-mal ernsthaft und langfristig anzupacken, auch dort, wo es unpopulär wirkt. Jedenfalls halte ich dieses Thema für ganz besonders ungeeignet zur Übung verbaler Straßenkämpfe.

Gauweiler: Aber auch aus dem progressiven Lager sagen viele ehemalige Kritiker von Helmut Kohl bei der Betrachtung der jetzigen Bonner Verhältnisse: Das haben wir nicht gewollt. Und in dieser Woche war selbst von den Grünen zu hören, ich zitiere: "Wir haben die organisierte Verantwortungslosigkeit zum Königsweg gemacht." Ist es nicht eine sehr reale Empfindung, die aus diesem Entsetzen smicht?

Weizsäcker: Na ja, organisierte Verantwortungslosigkeit würde ich das nicht nennen. Aber vorläufig zeigt sich die Regierung zu oft als eine Kolonne zur Reparatur von Schäden, die sie selbst erzeugt hat. Das ist nicht befriedigend.

Bölling: Aber auch von Schäden, die in der Vergangenheit liegen, Herr von Weizsäcker.

Weizsäcker: Gewiß. Mein Rentenbeispiel bestätigt Sie doch, Herr Bölling. Wenn ich noch ein anderes Thema nennen darf: die Außenpolitik, die doch ganz besonders ein gemeinsa-

mes deutsches Interessenfeld ist und kein Kampffeld zwischen Parteilagern sein sollte. Auf der einen Seite zeigt sich eine Übereinstimmung in Grundtendenzen, und das brauchen wir in unserem Land. Zu oft aber überlagern innenpolitische Interessen außenpolitische Entscheidungen. Ein Beispiel: In der Außenpolitik ist unser wichtigstes Thema die Zukunft Europas. Dort haben wir Deutschen eine Stimme von zentraler Bedeutung. Um so notwendiger brauchen wir Feinfühligkeit in der Atmosphäre. Daran fehlt es mitunter bei der neuen Regierung. Die jüngsten Beispiele sind die Kommissarernennungen für die Brüsseler Kommission und das, was die "Bild"-Zeitung so schön betitelt: "Hombach ab in den Balkan" - ein schrecklicher Ausdruck. Bölling: Sie beanstanden den schneidi-

gen Stil der Bonner Europapolitik? Weizsäcker: Ich beanstande offen gestanden auch die Überschrift. Denn mit dem Begriff Balkan wird so getan, als ob der Balkan kurz hinter dem Orkus zu finden sei. Aber ich beanstande eben auch das Gerangel um die deutschen EU-Kommissare nach Maßgabe von Parteilagerinteressen. Ich bin tief davon überzeugt, daß das, was in der europäischen Kommission geschehen muß, etwas ist, was wir unabhängig von der Frage, wer in der Regierung oder in der Opposition ist, gemeinsam in die Zukunft führen müssen. Was soll da die Parteilagerpolitik? Ich will aber auch nicht leugnen, daß für Hel-mut Kohl die gute Stimmung bei der CSU manchmal wichtiger war, als die rasche Herstellung guter Beziehungen zu Prag und zu Warschau.

Gauweiler: Den Wert einer guten Stimmung aus Bayern sollte man nicht geringschätzen.

Weizsäcker: Damit rennen Sie bei mir offene Türen ein. Überdies habe ich mich in manchem Streit mit der CSU leichter getan als mit der CDU. Das ändert aber nichts daran, daß mir die Beziehungen zu Prag und Warschau doch immer ganz besonders am Herzen lagen.

Bölling: Wir sind schon wieder bei der Innenpolitik. Sie haben immer wieder die Machtversessenheit der Parteien beklagt. Das ist ein unverwechselbar Weizsäckerisches Thema. Hat sich seit Ihrer harschen Parteienkritik 1993 etwas zum Besseren verändert?

Weizsäcker: Die Menschen ändern sich nicht, und die Parteien in einer Demokratie, welche notwendigerweise repräsentativ ist, ändern sich natürlich auch nicht. Machtversessenheit für sich allein, das werfe ich niemandem vor. Der Kampf um die Mehrheit, um die Macht also, ist notwendiger und legitimer Bestandteil der repräsentativen Demokratie. Schwierig wird es erst, wenn sich die Priorität des Machtkampfes mit einer Vernach-lässigung der Führungsaufgabe verbindet, das heißt – wenn ich mich selbst zitieren darf: "Machtversessen-heit und Machtvergessenheit". Wer die Macht errungen hat, muß sie nutzen. Das heißt: Er ist nicht gewählt, um einer unaufgeklärten Stimmung hinterherzulaufen, sondern um vor-



hinter der sich ja Machtvergessenauszugehen, auch ins unpopuläre Genheimater, und es ihnen möglich

токтапе.

filde

die Rede, wenn man über das Schröder-Blair-Dokument streitet. Also, Herbert Wehner mit Gerhard Schröder zu Oberzeugung eine Notwendigkeit vergleichen, das wäre zu kühn. Sowohl in bezug auf die Konzeption, wie die Kraft. Aber das Schröder-Blair-Papier drückt im Kern etwas aus, was nach meiner in unserer Gesellschaft ist. Wir alle bekennen uns zur Marktwirtschaft, aber einer der wichtigsten Faktoren ist eben diesem Markt noch immer zu sehr entzogen. nämlich der Faktor Arbeit Godesberg sozialpolitivon einem innenschen

sierten Wirtschaft wettbewerbsfädiesem Weg auch etwas zur Stärhig bleiben wollen, wenn wir auf kung des von mir zutiefst bejah-Wenn wir uns aber vollkom men zu Recht um die Bekamp fung der Arbeitslosigkeit bemühen, wenn wir in einer globali

was die Menschen verwurzelt und be-

ten Euro tun wollen, dann müssen wir auch etwas für Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt tun. In diedas Schröder-Blair-Papier. Das fordert der Partei von Schröder ganz außerordentlich viel ab, wie man auch Jochen Vogels Bemerkungen unserer Gesellschaft. Dem widerspricht meiner Meinung nach das es meines Erachtens im Interesse legitime Bedürfnis in der Union nach Achtung vor einer fundiermuß eher ein gewisser Teil der sem Sinne vor allem verstehe ich entnehmen kann. Dennoch liegt ten, konservativen Haltung doch durchaus nicht. Wieso auch? Hier Union aufbassen, daß er nicht zum falschen Zeitpunkt plötzlich

Bölling: Aber Sie haben sicherlich Sozialstaat nicht demontiert wer nicht übersehen, Herr von Weizden durfe, die aber andererseits auch Formulierungen gibt, die säcker, daß es in diesem Papier einerseits versichern, daß der anfangt, SPD zu spielen.

Weizsäcker. Was Jochen Vogel hier sagt, ist ein legitimer Be-standtell einer innerparteilichen Auseinandersetzung: Wenn es zu chen ei**ner k**ramken, sondern eher einer gesunden Demokrane Endes auch konzeptionell ertraghaupt: gar nichts anderes mehr als auf die Meinungsdisziplin ach-Renpolitisch 1959 unter Führung heftigen Diskussionen in einer Partei Kommt, 1st das ja kein Zei-Nichts ware stupider und letzten loset, als Parteien, die auf überten. Die Sozialdemokraten haben berg" gehabt. Damit haben sie die akzeptiert. Das war gleichermadeutschland-, sicherheits- und au-Westbindung der Bundesrepublik der alten Bundesrepublik, und von Herbert Wehner ihr "Godes ßen im Interesse unseres Landes, der Sozialdemokragentlich ist heute heit oft verbingt. der Völker zu bekommen, das ist mit Verfassungs- und Menschenrechtspa-Aufgabenpatriotismus, das kann man eben konkretisieren in bezug auf das eigene Land. In dem Sinne war das gedieser Machtversessenheit und Machtvermacht, einen festen Stand im Konzert triotismus allein nicht zu schaffen. Gauweiler: Ein Gegenprogramm zu Politik. Politik als Richtungsbestimbetrachtet: Müßte das sleiche nicht chen Interesses. Bei unserem voran-Wähler oder die Wähler rechts von Linke zu vergessen. Spiegelbildlich gegangenen WELT am SONNTAGmung und Definition des öffentlimit klaren kritischen Untertönen lauter Liebe zur neuen Mitte die Gespräch hat Hans-Jochen Vogel seine Partei gemahnt, nicht vor Richtung auf die konservativen der Mitte? Wäre das nicht ein Rezept gegen die Beliebigkeit, gessenheit ist das Wagnis der auch für die Union gelten, in meint. Er muß führen. Andernfalls schwächt er die Lebenskraft der De gemein. Es ist kein Wunder, daß aus diesem Gedanken des Verfassungspasere lange Debatte über den "Verfasführt, und wer wollte dem nicht mit Weizsäcker: Das ist einer jener Begrifdie mit Blut und Leben erfüllt wersämtliche aufgeklärte Nationen der schenrechte von zentraler Bedeutung den müssen. Sie erinnern sich an unsungspatriotismus", ausgelöst durch ler Menschenrechtspatriotismus für Welt abgeleitet wurde. Daß die Mensind, bekommen wir jeden Tag vorge-Memoiren "Vier Zeiten" sprechen Sie von triotismus so etwas wie ein universel aller Inbrunst zustimmen. Das aber Dolf Sternberger. Das fand ich zu all Bölling: Konnten Sie in diesem Zusammenhang einen Terminus konkretisieren, der für viele Leute vielleicht nicht auf Anhieb verständlich ist? In Ihren

Aufgabenpatriotismus".

doch ganz offenkundig - und zur heftigen Irritation der französichen Sozialisten - eine erhebliche Straffung des Sozialstaates postulieren, die in der Konsequenz auch womöglich einen Status quo Minus für die sozial schwächeren Schichten bedeuten würde.

Weizsäcker: Also, Herr Bölling, wenn man im Ernst an Reformen herangeht, dann kommt man um das Sparpaket nicht herum. Ein Sparpaket kann aber natürlich auf die Dauer nicht so aussehen, daß mit dem ja völlig legitimen Stichwort, "der Staat muß für die Schwachen sorgen", der Faktor Arbeit aus dem Wettbewerb weiterhin herausfällt. Was Sie in bezug auf die Franzosen sagen, finde ich allerdings einen wichtigen Hinweis. Das liegt auf ähnlicher Linie, wie die bereits thematisierten problematischen Aspekte der Nominierung von Hombach und der Kommissare für die Europäische Kommission. Natürlich ist es für unser Land ein elementares Interesse, sich mit Jospin zu verständigen. Ich weiß natürlich nicht, wie weit Jospin durch diese Verabredung mit Blair überrascht gewesen ist. Aber ich glaube nicht, daß die Nähe zu den französischen Sozialisten für Schröder oder für Blair ein Grund wäre, die Substanz dieses dritten Weges als Konzept aufzugeben. Von einem Werben um Jospin, in bezug auf gemeinsame Einsichten dieser drei Länder auf diesem Gebiet, habe ich allerdings bislang wenig bis nichts erkannt. Und das halte ich für einen Fehler. Aber das ist nicht ein Fehler wegen des Inhalts des Gedankens ...

Bölling: Sondern im Prozedere.

Weizsäcker: Ja. Bölling: Sie sind nach eigener Auskunft seit langem auf der Suche nach der sogenannten "partizipatorischen Demokratie", damit der Parteienstaat mehr Qualität gewinnt. Das ist fast ein Lebensthema von Ihnen. Im Vorfeld der Bundespräsidentenwahl gab es ja nun Stimmen, die Sie sicherlich registriert haben, die eine Wahl des Staatsoberhauptes unmittelbar durch das Volk anregten. Wie kommentieren Sie heute solche Überlegungen, und sind Sie, ganz grundsätzlich gefragt, bei Ihrer Suche nach der "partizipatorischen Demokratie" inzwischen fündig geworden?

Weizsäcker: Was die stärkere Bürgerbeteiligung an der Erfüllung unserer Verfassungsaufgaben anbelangt, so finde ich, muß man immer eine klare Unterscheidung machen. Ich halte bundespolitisch nicht viel davon, inhaltliche Entscheidungen plebiszitär zu lösen. Da gibt es vielleicht einige wenige gute Beispiele, aber die schlechten - oder polemisch ausgedrückt, die Appelle an un-durchdachte Stammtischgefühle würden bei inhaltlichen Entscheidungen durch Bürgerplebiszite überwiegen und wären eine Gefahr.

Bölling: Denken Sie da an die Schweiz, Herr von Weizsäcker?

stens für ihre Außenpolitik zuwei- ich nicht einsehen.
Jan ein Hindernis Denken Sie an Gauweiler: Ich stimme ihnen zu len ein Hindernis. Denken Sie an die Einstellung der Schweiz zu Europa oder zur Nato. Es gibt kaum ein nato-begeisterteres Land als die Schweiz, und alle Fortschritte der Europäischen Union werden von den

Schweizern lebhaft begrüßt. Sich aber zugleich aus jeder aktiven Beteiligung herauszuhalten, halte ich auf die Dauer nicht für besonders glaubwürdig. Aber zurück zu Deutschland: Ich finde, die inhaltliche Entscheidung, den dafür gewählten Repräsentanten zu entziehen und sie der Bevölkerung zu übertragen, das mag in Ausnahmefällen gut sein, aber in der Mehrzahl der Fälle eine Gefahr. Eine ganz andere Frage ist die Beteiligung stärkere bei der Auswahl der Repräsentanten - das ist das Thema, um das es mir geht. Auf diesem Gebiet haben wir kommunalpolitisch und da und dort sogar auch auf Länderebene ja wirkliche Fortschritte gemacht. Die CSU hat ja manche bittere Erfahrung in dem Zusammenhang bei der Wahl von Bürgermeistern und Landräten macht, als plötzlich ganz andere Leute gewählt wurden als die, die die Partei vorgeschlagen hat. Das hat die CSU prächtig überlebt und war insgesamt für die Demokratie in Bayern gesund.

Gauweiler: In dem Zusammenhang also nun auch nochmal die Frage nach einer Wahl des Bundespräsidenten.

Weizsäcker: In Österreich wird der Bundespräsident direkt wählt, aber seine Stellung ist halbwegs ver-

gleichbar mit der in Deutschland. Der Bundespräsident soll in einer eindeutig überparteilichen Funktion für alle dasein. Die Erfahrungen in Österreich lehren - nach meiner Beobachtung, Herr Gauweiler – ziemlich genau, daß die Bevölkerung diese Überparteilichkeit des Bundespräsidenten stärken will. Und wenn es einen Wahlkampf um das Amt des Staatsoberhauptes gibt, dann kann und wird der ja nur darum geführt werden können, wer in glaubwürdiger Weise einerseits

von den Sachen genug versteht kleinere Teil, nur ein Fünftel de und andererseits auch als über-Weizsäcker: Die Schweiz ist un- parteilich gesehen und empfunvergleichbar mit uns, und außer- den wird. Warum ist ein Wahldem ist ihre historisch verständli- kampf dieser Art denn so etwas che Plebiszitfreudigkeit minde Demokratiefremdes? Das kann

und würde mich auch freuen, wenn

Sie sich an einer entsprechenden Initiative beteiligen würden. Ganz schüchtern nachgefragt, was haben Sie eigentlich gegen Stammtische? Ist es nicht so, daß bei einem

Stammtisch in Bad Tölz oder in Kleinmachnow möglicherweise mehr Lebensklugheit versammelt

ist als auf all den Vernissagen der Intellektuellen mit Prosecco und

Wachtelbrüstchen?

Weizsäcker: Was sind denn das für Gegensätze? Jede Gruppe hat mung zu bejahen, und ihnen a ihre Stammtische, auch Intellektuelle, nur daß es dort ganz gewiß nicht weniger rechthaberisch sagt leider mehr über den Weste zugeht. Der Stammtisch ist etwas, zu dem zu gehören eine Auszeichnung ist, jedenfalls lokal, und in der es außerdem gewiß um vernünftige. Grundempfindungen für das menschliche Zusammenleben geht. Wenn wir uns aber mit der Frage beschäftigen, wer in Ost- oder in Westeuropa welchen Beitrag zu dem Ziel zu leisten hat, im Laufe der nächsten fünfzig Jahre das friedensstiftende Recht zur herrschenden Kraft in ganz Europa werden zu lassen oder wenn es - in Gottes Namen eben auch um die Frage geht, auf welche Weise wir bei den dramatisch veränderten Zahlen unserer Bevölkerungsstruktur auch für das Jahr 2030 und 2040 einigermaßen sichere Renten schaffen ses Dauerthema auch eingehe wollen, dann ist dafür menschlich durchaus anheimeln- professioneller Erinnerungsarb de Atmosphäre des Stammtisches

nicht die richtige Arena. Gauweiler: Eine richtige Arena schon, nur nicht die richtige Entscheidungsebene - aber das verlangt ja auch niemand

Bölling: Herr von Weizsäcker, unlängst hat die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichtes, Frau Limbach, sorgenvoll über das Demokratiedefizit in den sogenannten neuen Bundesländern, die ja alte deutsche Landschaften sind, gesprochen. Nun wird man sich daran zu erinnern haben, daß die Deutschen nach der bedingungslosen Kapitulation ja auch nicht über Nacht zu Demokraten geworden sind. Aber kann man es bei dieser zeitgeschichtlichen Erklärung und Entschuldigung der ehemaligen DDR-Deutschen belassen oder muß nicht die Politik etwas tun, um gegen diese, manchmal sich sogar als Demokratiefeindseligkeit manifestierende. Stimmung etwas zu unternehmen.

Sollen wir einfach Geduld haben? Weizsäcker: Wieso Geduld? Wichtiger wäre es, den Sachverhalt genauer zu schildern, bevor man beginnt, zu kritisieren. Was ist denn das für eine Behauptung, daß die Ostdeutschen kein Verhältnis zu fassung. Aber sie haben große Lebensprobleme. Und sie sind der zu spielen"

ganzen deutschen Bevölkerung Es ist nicht leicht für sie, sich G hör zu verschaffen. Wir im W sten haben mit guten Gründe gesagt, das, was wir für das vere nigte Land wollen, ist unse Grundgesetz. Aber was um alle in der Welt hat uns denn dara gehindert, dieses Grundgeset zur allgemeinen Abstimmung z stellen? Ich halte das für einer natürlich nicht mehr reparable schweren historischen Fehler. D mit hätten wir doch unse Landsleute in der ehemalige DDR in einer ganz anderen Wei ernst genommen. Daß wir im W sten die Ostdeutschen nicht fi würdig befunden haben, d Grundgesetz durch Volksabstii dererseits zehn Jahre später I mokratieferne vorwerfen, d als den Osten aus.

Gauweiler: Es geht um die Last, der die Menschen ausgesetzt waren. Selbst Heiner Müller hat die DDR eine "Kolonie des Stalinismu genannt. Im vergangenen Jahr he uns dazu das "Schwarzbuch des Kommunismus" (von Stéphane Courtois, Andrzej Paczkowski) eir neue "Topographie des Terrors" eröffnet. Obwohl diese Ereignisse zeitlich viel näher liegen als das Dritte Reich, ist von einer wirklichen Betroffenheit vor allem im ehemaligen Westen eigentlich nichts zu spüren. Welche Erinnerungsarbeit empfehlen Sie dagegen?

Weizsäcker: Müssen wir auf d die Ich gelte ja bei manchen als e ter, wissen Sie. Jedenfalls habe i gelegentlich diesen Ruf und ...

Gauweiler: ... deswegen frage ich

Weizsäcker: ... das will ich Ihn doch gerade ausreden. Nein, i meine, wir reden ja immerfo über die Frage, was wir nun gentlich sind als Deutsche, un da kommt immer wieder dies mir vollkommen fernliegen Wort der Identität. Jetzt sind al zehn Jahre seit dem Mauerf vergangen. Da können wir u durchaus alter bewährter Grun sätze erinnern. Was uns zusa menhält zwischen Ost und W ist, wie der **Hi**storiker Ernest l nan gesagt hat, das Plebiszit jed Tages. Darunter verstehe ich v auch Renan, "der Ruhm und d Reue in bezug auf die gemein me Geschichte und die gemein men Aufgaben in die Zuku hinein". Und es sind gerade o gemeinsamen Aufgaben in Zukunft hinein, die uns natürli letzten Endes zwischen Ost u West immer enger zusamme bringen werden. Ich möchte üb

"Ein gewisser Teil der Union muß unserer Demokratie hätten? Sie aufpassen, daß er bejahen die Einheit und die Ver- nicht amfängt, SPD

haupt unserem Ost-West-Gespräch, was wir bisher geführt haben, keinen Unterton der Resignation geben. Wir werden das schaffen. Wir werden auch im Westen - wenn auch mit reichlicher Verspätung – einiges dazu lernen. Auch wenn wir nicht alle Fehler reparieren können. Aber die ge-meinsamen Aufgaben in der Zukunft auf das schlechthin zentrale Thema unserer politischen Aufgaben der Zukunft, nämlich aus zwei Hälften Europas ein gemeinsames Europa zu machen, das wird uns zusammenführen auch in bezug auf die "Erinnerungsarbeit". Wissen Sie, man kann Erinnerung doch nicht bearbeiten, man kann Vergangenheit nicht bewältigen. Man kann sie ja nicht verändern. Das Wichtigste an der Erinnerung ist, daß man die Erinnerung hat - eine klare Erinnerung an das, was gewesen ist. Wer sich dem ver-schließt, der wird auch mit seinen Zukunftsaufgaben nicht richtig fertig. Aber sozusagen die Erinnerungsarbeit um ihrer selbst willen zum eigentlich konstitutiven Thema dessen zu machen, was uns in Deutschland zusam-

Gauweiler: ... das lähmt Weizsäcker: Ja, weil es historisch und moralisch unreif ist.

Bölling: Herr von Weizsäcker, Sie haben vor geraumer Zeit einen Brief an die PDS geschrieben und die Damen und Herren aufgefordert, sich selbstkritisch mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen. In der Partei von Herrn Gauweiler, in der CSU, gibt es nun einige wichtige Leute mit Verantwortung, die sagen: Warum sollen wir westdeutschen Steuerzahler im Finanzausgleich solche Lander alimentieren, die dann nachher PDS wählen?

Weizsäcker: Also die Frage nach Gerechtigkeit und Sinn des Länderausgleichs ist legitim. Sie nach parteipolitischen Kriterien zu bewerten, halte ich für illegitim und für chancenlos. Das Zweite ist die Behandlung der PDS als ein Instrument im Kampf zwischen den beiden großen Parteien im Westen. Vierfünftel aller Wähler sind Westdeutsche. Daß die großen Parteien bei ihren Wahlstrategien sich primär an diese Vierfünftel wenden, ist ja schon rechnerisch leicht verständlich. Aber die PDS im we-

sentlichen zum Instrument der einen großen Partei – im Kampf um die Vierfünftel – gegen die andere große Partei zu verwenden, ist letzten Endes genau das, wovon am allermeisten die PDS selbst profitiert.

Bölling: Wir dürfen auf die Außenpolitik zurückkommen. Ich selbst meine, daß es nach dem vorläufigen Friedens-

schluß im Kosovo statt-

haft ist, die Kriegsfüh-

rung der Nato zu proble-

matisieren. Wir wissen

alle, daß es in Amerika relevante Kräfte gibt, die der Nato eine neue Definition geben wollen, also nicht länger nur Verteidigungsbündnis zu sein, sondern eine Art von Interventions-Allianz zu werden. Ist das nicht eine bedrohliche Tendenz? Macht Ihnen das, wie manchen Deutschen, Sorge?

Weizsäcker: Es ist die Erfahrung der letzten Monate, aus denen wir zu lernen haben. Überdies möge man in Deutschland nicht übersehen, daß es in Amerika eine viel offenere Auseinandersetzung über das Plus und Minus dieser Aktion gegeben hat als uns, Zunächst möchte ich nochmal sagen: Sie besuchen mich hier in Berlin. Ich bin im Laufe meines Lebens zum Berliner geworden. Man kann sein Leben in Berlin überhaupt gar nicht geführt haben, ohne seine hohe Achtung und seine tiefe

Dankbarkeit gegenüber den Amerikanern wirklich immer zu behalten. Das ist und bleibt Grundlage meines Credos, Nun zur Aktualität: Wir waren immer stolz darauf, einem Bundnis anzugehören, dessen Aufgabe in der Verteidigung besteht, der Verteidigung des eigenen Landes und des Bündnisterritoriums. Was wir jetzt im Kosovo gemacht haben, ist ein Angriff. Gewiß ein Angriff zur Verteidigung, nämlich zur Verteidigung unserer Werteordnung. Das ist aber ein Schritt in Neuland, Die bloße Gipfelkonferenz über die neue Doktrin der Nato im April in Washington ist dafür nicht ausreichend. Die berühmte Mandatierungsfrage, also die Frage nach der Legitimität und völkerrechtlichen Legalität solcher Einsätze: Das ist doch die Aufgabe, die jetzt vor uns liegt. Die außenpolitische Hauptaufgabe der Deutschen in der kom-menden Zeit ist Europa: Wie kann man aus zwei Hälften Europas ein Ganzes machen? Und die Hauptinstitution, um in dieser Richtung voranzugehen, ist die Europäische Union, nicht die Nato. Wichtiger noch als die Nato-Erweiterung ist daher die EU-Erweiterung. Selbstverständlich ist der Schutz der Nato unentbehr-lich. Und im Rahmen dieses Schutzes auch verläßlich, glaubwürdig und bündnistreu zu bleiben, das ist in der Tat unsere Aufgabe. Aber es muß natürlich eine Haltung unter Wahrung unserer zentralen europäischen Interessen sein. Auch mit Blick auf den Balkan sind es vor allem europäische Aufgaben, die jetzt vor uns liegen. Und hierfür brauchen wir: Erstens, die Kraft zur europäischen politischen Führung in diesen Fragen. Zweitens, eine eigene europäische sicherheitspolitische Institution, Streitkräfte mit europäischer Ausbildung, Ausrüstung und Führung. Man

kann ja gegen ihn sagen was man will, aber der Euro ist eine Institution, die Europa wirklich zusammenbringt. Wir brau-

chen auch sicherheitspolitisch eine europäische Institution. Wie es Jean Monet gesagt hat: "Alles geschieht nur durch Menschen und nichts gibt es ohne Institutionen." Der Euro ist eine Institution.

Gauweiler: Und was für eine ... Weizsäcker: Und das dritte, was wir brauchen, eine Neuregelung der Mandatierungs-Problematik, die keineswegs auf die Uno verzichtet, aber den oft nicht handlungsfähigen Sicherheitsrat er-setzt durch die mit Uno-Autorität versehene sogenannte regionale Abmachung OSZE. Wenn wir dies nicht ernsthaft anstreben, dann werden wir uns verrennen. Die Nato kann in ihrem eigenen Interesse nicht das Ziel haben wollen, den universalen Weltanspruch auf Frieden der Uno ihrerseits zu ersetzen und Amerika zum einzigen Welt-Polizisten in der Welt zu machen.

Bölling: ... Mit Europa als Gehilfen ...

Weizsäcker: Richtig. Ein Beitrag, diese Situation zu vermeiden, wäre die Aktivierung einer bekannten Einsicht. Der Nato-Oberbefehlshaber hat ja zwei Funktionen gleichzeitig. Erstens ist er Nato-Oberbefehlshaber, und zweitens Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen in Europa ...

Gauweller: Man könnte die Funktionen trennen.

Weizsäcker: Ich finde ja.
Bölling: Sie sind von Geburt zwar
Württemberger, aber die Berliner
haben Sie schon lange als einen der
ihren anerkannt. Haben Sie Verständnis dafür, daß sehr viele
Berliner – und sicherlich keine
Stammtischbrüder – wegen der
Monumentalität des Vorhabens
Schwierigkeiten mit der Entscheidung des Bundestags zum Holocaust-Mahnmal haben?

Weizsäcker: Wie Sie wissen, habe ich, als die erste Idee hierzu aufkam, mit meinen begrenzten Möglichkeiten als Bundespräsident, den Vorschlag unterstützt. Damals wußte niemand, auch die Initiatoren nicht, wie die Umsetzung aussehen könnte. Die Debatte dauert nun auch schon über zehn Jahre, und es konnte auch gar nicht anders sein, daß ungute Ğefühle dadurch geweckt worden sind. Hierfür habe ich auch viel Verständnis. Dennoch bin ich davon überzeugt, daß die Entscheidung von den Berlinern akzeptiert wird.

ert wird. "An den Stammtischen der Intellektuellen geht es nicht weniger rechthaberisch zu"

Gauweiler: Rudolf Augstein sagte über diesen Bewältigungsdruck zum 50. Jahrestag des Kriegsendes, im Mai 1995: "Fragt sich, wie lange hält ein Volk dies aus?" Aber lassen wir das. Wir haben jetzt so viel über Gott und die Welt gesprochen. Zum Schluß die WELT am SONNTAG-Sonntagsfrage, die wir allen unseren Gesprächspartnern stellen: Was ist für Sie der Sonntag?

weizsacker: in der Schopfungsge schichte heißt es, sechs Tage ha Gott gearbeitet, am siebten Tagruht er aus. Für uns bedeute dies, den Sonntag zu heiligen – je der auf seine Weise, mit offenen Blick auf seine Nachbarn, und in der Erfahrung, daß es mit unserer Macht und Einsicht als Men

schen nicht getan ist.

Allzeit ein Gegenbild des Pfälzers Kohl

Von Klaus Bölling

In wenigen Gestalten der deutschen Nachkriegsgeschichte verbindet sich eine konservative Grundhaltung so plausibel mit geistiger Liberalität wie in dem Edelmann aus dem Württembergischen, der gleichsam bekenntnishaft, sein preußisch-bescheidenes Büro in der geschichtlichen Mitte der Hauptstadt angesiedelt hat. Politiker seiner Statur sind nicht auf repräsentative Räume angewiesen. Aber halt, Ist Richard von Weizsäcker im landläufigen Wortsinn tatsächlich ein Politiker?

Da ich ihm nach einigen Jahren in dieser Woche das erste Mal wieder gegenübersitze, erinnere ich mich an eine Unterhal-tung während seiner Zeit als Regierender Bürgermeister. Da reflektierte er über Politik als Beruf. Es verwunderte mich schon damals nicht, daß er zwischen seiner Person und dem Stand der Berufspolitiker sehr bewußt Distanz herstellen wollte. Wenngleich Weizsäcker öffentlich nie ein unfreundliches Wort über Helmut Kohl verloren hat, war er allezeit das Gegenbild des Pfalzers, den er, zeitweilig jedenfalls, unterschätzt haben mag



Die Deutschen haben ihn bewundert, obwohl er ganz sicher nicht ein Volksmann ist. Weizsäcker war als Staatsoberhaupt, um ein Genscher-Wort zu benutzen, die Personifikation einer "vertrauensbildenden Maßnahme", weltläufig, durchaus deutsch und doch keine Spur provinziell. Irgendwie auch eine Figur, schon wegen der stolzen Familiengeschichte, die für geschicht-liche Kontinuität steht. Liebenswürdig und auch kühl, im Urteil bisweilen von großer Strenge, niemals verletzend. Den erfolgreichen Präsidenten über ein ganzes Jahrzehnt finde ich am besten mit dem Wort eines seiner französischen Standesgenossen aus dem 18. Jahrhundert beschrieben: "Le style c'est l'homme". Also: "Wie der Stil, so der Mensch."

,,Le style est l'homme même"



Von Peter Gauweiler

.Le style est l'homme même", dieser knappe Hinweis des Grafen Buffon vor 200 Jahren - eines der ersten Stiltheoretiker der neuen Zeit – bringt die Dignität unseres Gastgebers von heute auf den Punkt: "Der Stil ist der Mann selbst" Stil heißt, "gleichzeitig Geist, Seele und Geschmack haben." Richard von Weizsäcker geht es stets um Inhalt und Form. Bei ihm fügen sich Reden und Leben, Daherkommen. Verhalten, Aussehen und Bildung auf eine fast sensationelle Weise zusammen. Den Weizsäckers muß das schon vor Generationen in die Wiege gelegt worden sein. Zuletzt vom Großvater über den Vater auf dessen Söhne Richard und Carl Friedrich, von denen jedem dem einen die CDU, seinem Bruder die SPD - das

Amt des deutschen Staatsoberhauptes öffentlich angetragen war. Wir treffen uns in der Mitte des alten Berlins, im früheren Haus des legendären Professors Magnus, wo von Weizsäckers Büro eingerichtet ist, unmittelbar gegen-über der Museums-Insel. Im Nachbarhaus hatte einst Georg Wilhelm Friedrich Hegel gearbeitet, 100 Jahre später hier Max Reinhardt gelebt. Dort also nutzt und beherrscht Richard von Weizsäcker Sprache und Stil, wie er es immer getan hat. Wo Meinungsunter schiede sich wie von selbst auflösen. Wenn dieser Mann argumentiert, ist das von einer Mühelosigkeit, wie einst Franz Beckenbauers Fußballspiel über die Länge des ganzen Platzes. "Kaiser Richie" nennt nicht umsonst der Berliner Volksmund den Alt-Bundespräsidenten noch heute. Ohne den Vergleich mit dem Fußball-Kaiser überstrapazieren zu wollen (und mit dessen Abstand zu seinen Nachfolgern den Unterschied zwischen von Weizsäcker und Rau und Herzog zu erklären): In diesem vornehm-bescheidenen Arbeitszimmer finden wir das Weltbürgerliche auf deutsch. Und in des Wortes doppelter Bedeutung: die geistig exzellente Klässe unserer Nation.